

Das Urteil gegen Shell zeigt die neue Klima-Macht der Justiz

Welt, 27.05.2021, Daniel Wetzel

Niederländische Aktivisten siegen vor Gericht gegen einen der größten Ölkonzerne der Welt: Shell muss seine CO₂-Emissionen deutlich schneller senken. Es zeigt sich, dass Richter zu wichtigen Akteuren im Klimaschutz werden. Experten erwarten eine „ungeheure symbolische Wirkung“.

Erneut erschüttert ein Klimaurteil die Welt der Rechtswissenschaft und erfreut die Umweltschützer: Vor einem Gericht in Den Haag hat sich die Umweltorganisation Friends of the Earth gegen den Energiemulti Shell durchgesetzt. Die Folgen dürften erheblich sein, nicht nur für den niederländischen Konzern.

Erst Ende April hatte das Bundesverfassungsgericht in Deutschland einer Klage von Klimaaktivisten in Teilen stattgegeben – und die Bundesregierung zu anspruchsvolleren CO₂-Sparzielen verdonnert.

Jetzt siegen Klimaaktivisten in den Niederlanden auch im Streit mit einem einzelnen Unternehmen, das alle nationalen Umweltgesetze eigentlich strikt befolgt hatte. Shell hatte sogar Pläne vorgelegt, wie das Unternehmen und alle seine Kunden bis 2050 klimaneutral werden sollen.

Doch das reicht nach dem aktuellen Urteil nicht mehr. Die Richter halten das Zwischenziel des Shell-Konzerns für 2030 bereits für ungesetzlich – und folgten damit der Klage von Friends of the Earth, die in den Niederlanden unter dem Namen „Milieudefensie“ firmieren.

Nach den bisherigen Plänen wollte Shell die Emissionen bis 2030 um 20 Prozent reduzieren und dieses Ziel bis 2035 rasch auf 45 Prozent steigern. Wie von „Milieudefensie“ gefordert, verurteilten die Richter den Konzern jetzt dazu, schon 2030 auf 45 Prozent CO₂-Einsparung zu kommen.

„Das Urteil gegen den Ölmulti Shell ist historisch“, kommentierte Olaf Bandt, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Zum ersten Mal in der Geschichte wurde ein Konzern verpflichtet, seiner Verantwortung für die Klimakrise gerecht zu werden und seine Emissionen radikal zu reduzieren.“

Urteil mit symbolischer Wirkung

Der Sieg der Klimaaktivisten stellt die Rechtsauffassung ihres Rechtsanwalts Roger Cox in ein neues Licht. Der Anwalt der niederländischen Kanzlei Paulussen Advocaten hatte in seinem Buch „Revolution Justified“ argumentiert, dass Regierungen und Märkte strukturell unfähig zur Bekämpfung des Klimawandels seien – und der Justiz deshalb die entscheidende Bedeutung zukomme.

Schon 2013 hatte Cox die Klimaschutzorganisation „Urgenda“ in einer Klage gegen den niederländischen Staat vertreten – und 2015 einen unerwarteten Sieg errungen, der damals ebenfalls als „historisch“ bewertet wurde: Die Richter verurteilten die Regierung in Den Haag dazu, die CO₂-Emissionen bis 2025 im Vergleich zu 1990 um mindestens 25 Prozent zu senken.

Jetzt siegte Cox erneut, diesmal gegen ein Unternehmen, das zu den größten Energieversorgern der Welt gehört. „Das Urteil dürfte eine ungeheure symbolische Wirkung haben und weitere Klagen dieser Art ermutigen“, glaubt Alexander Graser, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Politik an der Universität Regensburg. Unmittelbar übertragbar auf deutsche Verhältnisse sei es aber nicht.

Denn vereinfacht ausgedrückt besteht in den Niederlanden eine Art Verbandsklagerecht in Bezug auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Das gibt es in Deutschland so direkt nicht. Hierzulande

prozessiert allerdings ein Bauer aus den peruanischen Anden gegen den RWE-Konzern auf Schadenersatz, weil dessen Kohlekraftwerke zum Klimawandel beitragen.

Der Bauer Saúl Luciano Lliuya, dessen Klage unter anderem von Germanwatch unterstützt wird, verlangt Kompensation vom deutschen Energiekonzern, weil sein Grundstück bei Huaraz in den Anden durch einen überlaufenden Schmelzwassersee überflutet zu werden droht.

Ist dem Klimaschutz wirklich geholfen?

Noch liegt hier aber kein Urteil vor: Das Oberlandesgericht Hamm ersuchte bei der Regierung von Peru um die Erlaubnis für einen Ortstermin. Doch der kam wegen der Corona-Pandemie bislang nicht zustande.

Anders als im deutschen Fall forderten die niederländischen Kläger von Shell nicht Schadenersatz, sondern eine Änderung der Geschäftsstrategie. Shell hatte die Forderungen zurückgewiesen und angeführt, dass es sich zum Klimaschutz verpflichtet habe.

Auch seien durch den Pariser Klimavertrag keine Unternehmen verpflichtet worden, sondern Staaten. Doch das Gericht erklärte, dass die beschlossenen Maßnahmen des Unternehmens „wenig konkret und voller Vorbehalte“ seien.

Shell hatte als Argument angeführt, dass es bei einer Verurteilung den Verkauf fossiler Brennstoffe rasch verringern müsse. Dann aber würden andere Anbieter dies übernehmen. Das Argument ließ das Gericht nicht gelten. Auch andere Unternehmen hätten dieselbe Verpflichtung.

Eine diskussionswürdige Auffassung: Ob dem Klimaschutz wirklich gedient ist, wenn Ölmultis aus Russland, China oder dem Mittleren Osten die Shell-Lagerstätten übernehmen, muss bezweifelt werden.

„Bis 2050 könnte Kraftstoff klimaneutral sein“

Die europäischen Raffineriebetreiber haben in Brüssel ein Konzept vorgelegt: Bis 2050 soll jeder Liter Kraftstoff klimaneutral sein. Dafür wollen die Öl-Multis auf Biosprit und synthetische Kraftstoffe umstellen.

Shell wurden in der Vergangenheit zwar häufig Umweltskandale zur Last gelegt. Doch setzte das Unternehmen zuletzt auf ein stärkeres Engagement im Umweltschutz. Schon 2019 wurden die flexiblen Gehaltsbestandteile von rund 16.500 Führungskräften an das Sinken der Netto-Emissionen gebunden.

Zudem erklärte sich das Unternehmen auch für alle Emissionen auf Kundenseite, also auch der Industrie und der privaten Autofahrer verantwortlich. Ein Dekarbonisierungsversprechen, das auch diese sogenannten Scope-3-Emissionen einbezieht, ist durchaus nicht selbstverständlich in der Branche.

Shell stößt neunmal mehr CO2 aus als die Niederlande

Der Konzern investiert dafür nach eigenen Angaben jährlich zwei bis drei Milliarden Dollar in Technologien wie Elektromobilität, Wasserstoff, CO2-Speicherung (CCS) und Bioenergie. In Deutschland etwa übernahm der Konzern den mehrfach für seine Innovationskraft ausgezeichneten Solar- und Speicheranbieter Sonnen GmbH.

Insgesamt macht Shell geltend, den Höhepunkt der eigenen CO2-Emissionen schon 2018 überschritten zu haben und die eigene Ölförderung bis 2030 um jährlich ein bis zwei Prozent zu verringern. Doch das reicht „Milieudéfense“ nicht.

Die Kläger werfen dem britisch-niederländischen Konzern vor, weiterhin in das Auffinden neuer Öl- und Gas-Felder zu investieren. Dabei sei der Konzern weltweit für CO₂-Emissionen verantwortlich, die dem neunfachen des jährlichen Ausstoßes der Niederlande entsprechen.

Unterstützt wurde die Argumentation der Kläger in der vergangenen Woche durch neue Berechnungen der Internationalen Energieagentur (IEA). Demnach sei das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, nur bei einem sofortigen Stopp aller Öl- und Gas-Suchen zu erreichen.

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus231391669/Das-Urteil-gegen-Shell-zeigt-die-neue-Klima-Macht-der-Justiz.html>